

Willkommen

Sie sind als neu gewählte Parlamentarierin, neu gewählter Parlamentarier im Rat? Sie interessieren sich für die nötigen gesundheitspolitischen Weichenstellungen, aber möchten unnötige Regulierungen vermeiden helfen? Sie sind allenfalls auch Mitglied der Kommission für Gesundheit und Soziales (SGK)?

Dann sollten Sie auch Mitglied werden im Forum Gesundheit Schweiz (FGS). Seit 2006 engagieren wir uns erfolgreich für ein freiheitliches Gesundheitssystem.

Wir wollen gemeinsam mit Ihnen jene Reformen voranbringen, die im Interesse uns aller, der Prämienzahler und der Patienten mit Blick auf die demografischen und technologischen Entwicklungen nötig sind: Unser Gesundheitssystem ist eines der besten der Welt. Das dient uns allen. Und das soll so bleiben. Deshalb ist das Forum Gesundheit Schweiz jene Vereinigung, die laufend Antworten auf die Kernfrage liefert: **Wie können wir**

Staatliche Einheitskasse

Vor gut einem Jahr hat das Schweizer Volk – nach 2003 und 2007 – den Bestrebungen die Krankenversicherung – und damit schrittweise das Gesundheits-

Werden Sie Mitglied des Forum Gesundheit Schweiz

Patienten und Versicherten die bestmögliche medizinische Qualität bieten, gleichzeitig aber die Bezahlbarkeit des Systems auf der Basis der Wahlfreiheit gewährleisten?

Die Mitglieder setzen sich für eine freiheitliche Ausrichtung des Schweizer Gesundheitssystems ein. Wenn dieses auch in Zukunft beste Qualität zu einem fairen Preis garantieren soll, dann muss dafür der Markt spielen können, es braucht echte Qualitätsmessungen und -bewertungen und wir benötigen neue Lösungen, was die Organisation der Finanzierung angeht.

Werden Sie Mitglied des FGS. Die Mitgliedschaft ist mit keinerlei Verpflichtungen verbunden. Wir halten Sie informiert und laden Sie zu exklusiven Informations- und Diskussionsveranstaltungen ein. Bitte melden Sie sich mit dem beiliegenden Mitgliedertalon an. Wir freuen uns, Sie bei unserem nächsten Anlass im Frühjahr 2016 persönlich begrüßen zu dürfen.

Nein zu kantonalen Plänen

system – zu verstaatlichen, erneut eine klare Absage erteilt: Das Resultat fiel mit rund 61 Prozent Nein-Stimmenanteil deutlich aus.

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren

Die beginnende neue Legislatur wird gesundheitspolitisch vom Versuch geprägt sein, die Finanzierung des Gesundheitswesens zu stabilisieren und neu zu organisieren, sie nachhaltig zu gestalten – und dabei höchste Qualität im stets wachsenden Angebot sichern zu können. Die Quadratur des Kreises? Nein! Als Präsident des Forum Gesundheit Schweiz freue ich mich darüber, dass wir in den letzten Jahren grundsätzliche Kursänderungen und damit eine massive Verschlechterung unseres Gesundheitswesens haben abwenden können. Der Einsatz für einen echten Angebots- und Qualitätswettbewerb muss aber weiter gehen – und in den nächsten Jahren auch zu entscheidenden grundsätzlichen Weichenstellungen führen: Denn alleine die demografischen Entwicklungen werden zu Kostensteigerungen führen, welche Versicherte wie Patienten zu tragen haben. Das FGS betont: Bei allen Massnahmen, seien es Verbesserungen bei den Qualitätsmessungen oder sei es eine Neudefinition der Spitalfinanzierung: Der Staat setzt dafür lediglich die Rahmenbedingungen – die Arbeit und die Verantwortung obliegt der Gesundheitswirtschaft und damit den Anbietern und Leistungserbringern.

Ich freue mich ferner, Ihnen einen lange im Voraus geplanten Anlass ankündigen zu dürfen: **Am Mittwochmittag, 02. März 2016, laden wir Sie zu einem Sessionsanlass mit Bundesrat Alain Berset, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (EDI), ein.** Er wird seine Sicht zur «Qualitätsstrategie im Schweizerischen Gesundheitswesen» darlegen und anschliessend mit Ihnen diskutieren.

Ich lade Sie herzlich ein und freue mich auf Ihr Engagement im gemeinsamen Einsatz für ein wettbewerbstüchtiges und qualitativ führendes Gesundheitswesen!

Alex Kuprecht, Präsident
Forum Gesundheit Schweiz

Klar war jedoch: Jene Stimmen, welche dennoch die Verstaatlichung der Krankenversicherung postulieren, würden nicht verstummen. Zu verlockend scheint die Möglichkeit, Wählerinnen und Wähler mit dem Versprechen tieferer Kosten zu locken. Deshalb wird das FGS auch inskünftig alle Bemühungen bekämpfen, mit solch staatlichen Monopolkassen den Wettbewerb unter den Krankenversicherern und die Wahlfreiheit einschränken zu wollen. Das FGS hat deutlich darauf hingewiesen, dass es nach dem klaren Entscheid von 2014 in der Folge auch eine deutliche Ablehnung allfälliger kantonaler Begehren braucht. Wir freuen uns, dass die Kommission für Gesundheit und Soziales (SGK) des Ständerates hier deutliche Signale setzte – und kantonalen Begehren aus Genf

.....

Steuerung ambulanter Bereich

Keine gute Entwicklung findet bei der Steuerung des ambulanten Bereichs statt: Auf Vorschlag des Bundesrates wollen National- wie Ständerat die Steuerung des ambulanten Bereichs – also die Zulassung von Ärzten – definitiv den Kantonen überlassen.

Die Zementierung des Zulassungsstopps, der eigentlich bis 30. Juni 2016 beschränkt wäre, behindert in Zukunft nicht nur den für Qualität wie Kosten nötigen Wettbewerb. Fälschlicherweise wird damit auch die Macht der Kantone ausgebaut. Diese Massnahme gibt den Kantonen das Recht, einen Ärztestopp zu verhängen, respektive ausländische Ärzte vom Markt fern zu halten. Gerade mit Blick auf den Fachkräftemangel im Gesundheitswesen ist der Entscheid falsch: Erwiesenermassen funktioniert

und dem Kanton Jura eine Absage erteilte. Die beiden Kantone fordern, den Kantonen sei grundsätzlich die Kompetenz einzuräumen, Einheitskassen einzurichten. Das FGS wird sich dafür engagieren, dass diese Ansinnen auch im Ständerat und dann im Nationalrat abgelehnt werden. Denn Einheitskassen bedeuten schlechtere Qualität, keine Wahlfreiheit mehr und schliesslich steigende Kosten. Ins gleiche Kapitel gehören – nach dem Nein zur Einheitskasse – erneute Begehren, die Trennung von Privat- und Grundversicherung durchzusetzen: Dabei würde Krankenversicherern verboten, auch Privatversicherungen anzubieten – ein Schritt hin zu Einheitskassen. Richtigerweise lehnt die Gesundheitskommission des Ständerates auch diese Forderung klar ab.

Keine Lösung auf Dauer

bisher die Rekrutierung qualifizierter Fachkräfte im Gesundheitswesen zu wenig gut. Die Kantone stehen hier in der Pflicht. Nun werden auch Spitäler daran gehindert, jene Ärzte zu rekrutieren, die sie wirklich benötigen – und in der Schweiz oft gar nicht finden können. Auf dem Hintergrund der raschen Verknappung von verfügbaren Ärzten, welche sich mit der Regulierung der Zuwanderung nur noch verschärfen wird, ist dieser Plan mehr als kurz gedacht. Mit dem Argument, die Kräfte im Inland stärken und unnötige Ärztedichte in den Kantonen verhindern zu wollen, wird den Kantonen ein weiterer Machtbereich zugeschanzt – zusätzlich zu einem Dutzend sich teilweise konkurrenzierender Aufgaben und Rollen, welche sie zu bewältigen hätten. Das FGS betont: Statt den Kantonen zusätzliche regulierende Eingriffe in den

Veranstaltungen

Das Forum Gesundheit Schweiz lädt Sie regelmässig zu gesundheitspolitischen Informationsveranstaltungen mit prominenten Referenten ein. Tragen Sie sich die kommenden Veranstaltungen in Ihre Agenda ein. Mehr Informationen finden Sie auf www.forumgesundheitschweiz.ch

Sessionsanlass mit Bundesrat Alain Berset

- Mittwoch, 02. März 2016
ab 12.30 Uhr (Stehlunch)
bis 14.30 Uhr
Restaurant Zum Äusseren Stand
Zeughausgasse 17, 3011 Bern

Qualitätsstrategie im Schweizerischen Gesundheitswesen mit Bundesrat und Gesundheitsminister Alain Berset

Künftige Veranstaltungen, Medienmitteilungen und Positionspapiere finden Sie unter:
www.forumgesundheitschweiz.ch

Werden auch Sie Mitglied!

Das Forum Gesundheit Schweiz hält Sie informiert und lädt Sie regelmässig zu Veranstaltungen ein – im Interesse eines freiheitlichen Gesundheitswesens!

Wir freuen uns über Ihre Anmeldung mit beiliegendem Mitgliedertalon oder unter: contact@forumgesundheitschweiz.ch

Gerne senden wir Ihnen auch zusätzliche Unterlagen.

Gesundheitsmarkt zu gestatten, muss die Rollenverteilung neu definiert und gestrafft werden. Vor allem aber müssten gerade im Bereich der Ärzteausbildung die Kantone daran erinnert werden, dass sie nun ihre Pflichten wahrnehmen und genügend Ausbildungsplätze schaffen müssen.